

**Antrag 77/I/2024****AG Selbst Aktiv Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Aussetzen der Schulbesuchspflicht vermeiden: Einführung des pädagogischen Konzepts der "Kleinklassen Autismus" für autistische Kinder in Berlin**

1 Mit § 41 Abs. 3a SchulG wurde eine Möglichkeit geschaf-  
2 fen, die Schulbesuchspflicht ganz oder teilweise ruhen zu  
3 lassen. Die Landesbeauftragte für Menschen mit Behinde-  
4 rungen geht im aktuellen Verstößebericht davon aus, dass  
5 etwa 1.000 Kinder und Jugendliche von solchen Maßnah-  
6 men betroffen sind, überwiegend aus dem autistischen  
7 Spektrum, deren Verhalten den Unterricht stört. Der Be-  
8 richt beklagt, dass genaue Zahlen nicht vorliegen. Die so-  
9 zialdemokratischen Mitglieder im Senat, im Berliner Ab-  
10 geordnetenhaus und in den Bezirksverordnetenversamm-  
11 lungen werden daher aufgefordert, sich dafür einzuset-  
12 zen, dass diese Lücke geschlossen und eine statistische Be-  
13 darfserhebung wird.

14  
15 Die Bedarfserhebung soll auf der Grundlage von § 63  
16 Abs. 2 und § 41 Abs. 3a des Berliner Schulgesetzes er-  
17 folgen und ausschließlich Kinder mit einer psychiatri-  
18 schen Diagnose einer Autismus-Spektrum-Störung er-  
19 fassen. Dabei sollen alle relevanten Akteur\*innen, ein-  
20 schließlich der bezirklichen Schulpsychologischen und In-  
21 klusionspädagogischen Beratungs- und Unterstützungs-  
22 zentrums (SIBUZ), der Teilhabefachdienste Jugend, der  
23 Regional-Sozialpädagogischen Dienste und der Schnitt-  
24 stellen Schule und Jugend, eingebunden werden. Die Er-  
25 gebnisse der Bedarfserhebung sollen regelmäßig aktuali-  
26 siert und in Zusammenarbeit mit den genannten Stellen  
27 analysiert werden, um eine ganzheitliche Perspektive ein-  
28 zunehmen. Der Benachteiligung von autistischen Kinder  
29 im Schulsystem ist gesamtstädtisch entgegenzuwirken.

30  
31 Die Bedarfserhebung soll die Senatsverwaltung für Bil-  
32 dung, Jugend und Familie sowie die jeweiligen Bezirks-  
33 ämter in die Lage versetzen, Präventionsmaßnahmen zu  
34 entwickeln, um Schulzeitverkürzungen und -ausschlüssen  
35 entgegenzuwirken. Eine wichtige Maßnahme kann da-  
36 bei die Implementierung des pädagogischen Konzepts der  
37 "Kleinklassen Autismus" für autistische Kinder sein. Die  
38 Kleinklassen Autismus sollen in den Schulen eingerichtet  
39 werden, die die Kinder bereits besuchen.

**40 Begründung**

41 Autistische Kinder haben das gleiche Recht auf Beschul-  
42 lung und Bildung wie nicht-autistische Kinder. Auch für  
43 autistische Kinder gilt die Schulpflicht und das Menschen-  
44 recht auf Schule und qualitativ hochwertige Bildung. Das  
45 Recht auf Bildung ist im Grundgesetz, in der UN-  
46 Kinderrechtskonvention, der UN-Behindertenkonvention,  
47

48 der EU-Grundrechtecharta und dem Zusatzprotokoll zur  
49 Europäischen Menschenrechtskonvention unmissver-  
50 ständlich festgehalten. Auch Art. 20 Abs. 1 der Berliner  
51 Verfassung enthält dieses Recht. Das SchulG Berlin  
52 verweist auf dieses Recht in §2. Der Staat steht glei-  
53 chermaßen in der Verantwortung, autistische Kinder  
54 gleichberechtigt und somit diskriminierungsfrei zu be-  
55 schulen und ihre volle, wirksame und gleichberechtigte  
56 Teilhabe am Leben in der Gesellschaft zu fördern, Benach-  
57 teiligungen zu vermeiden oder ihnen entgegenzuwirken.  
58  
59 Trotz allem werden regelmäßig Fälle von autistischen Kin-  
60 dern bekannt, bei denen die Schulzeit verkürzt oder aus-  
61 gesetzt wird. Ausschlüsse erfolgen häufig ohne rechtliche  
62 Grundlage durch Schulen oder ausreichende Begründung  
63 gegenüber den Eltern.